

Andreas Umland

Kein Grund zur Kapitulation im Donbass

Не треба здавати Донбас

За словами політолога А. Умландта, зважаючи на зростання напруженості на російсько-українському кордоні, у Заході, як деякі стверджують, немає іншого вибору, як мовчки визнати особливі неоімперські права Росії на пострадянському просторі. Тепер цей дискурс, каже автор, звернувся до конкретного українського питання – способу імплементації Мінських угод між Росією та Україною, підписаних під військовим тиском Москви. Автор вважає, що де-факто капітуляція українців на Донбасі, яку ініціює Захід, виглядає передчасною, і що, санкції можуть змінити політичні розрахунки Москви.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russische-ansprueche-in-der-ukraine-ankennen-17684032.html>

Angesichts der steigenden Spannungen an der russisch-ukrainischen Grenze werden derzeit wieder alte Plädoyers für eine „neue“ ostpolitische Strategie des Westens belebt. Diese besagen, dass es für die europäische Sicherheit unvermeidlich sei, mit Moskau zu einem Kondominium bezüglich der Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu kommen. Dem Westen, so wird argumentiert, bleibe nichts anderes übrig, als neoimperiale Sonderrechte Russlands im postsowjetischen Raum stillschweigend anzuerkennen. Dutzende, wenn nicht Hunderte Texte in diesem Sinne sind in den vergangenen Jahren veröffentlicht worden.

Nun hat sich dieser Diskurs einer besonderen ukrainespezifischen Frage zugewandt – dem Modus der Implementierung der 2014 und 2015 unter militärischem Druck Moskaus unterzeichneten Minsker Abkommen zwischen Russland und der Ukraine. So wird gefordert, der ukrainische Staat solle im von Russland de facto besetzten Donezbecken Regional- und Lokalwahlen durchführen, noch bevor die Ukraine die alleinige staatliche Hoheit und vollständige Regierungskontrolle über die okkupierten Gebiete zurückerlangt hat. Dies würde es dem Kreml erlauben, den Wahlprozess im Donezbecken zu manipulieren und scheinlegitim seine Agenten im ukrainischen politischen System zu installieren.

Völkerrechtliche Bankrotterklärung scheint bislang unnötig

Allerdings ist fraglich, ob ein solches Appeasement funktioniert. Das Erreichen eines russisch-ukrainischen Friedensschlusses ist zwar ein wichtiges Ziel. Doch zeigen historische Erfahrungen, dass westliche Konzessionen gegenüber dem revanchistischen Russland nicht zu dauerhaftem Frieden in Europa beitragen. Im Gegenteil, neue westliche Nachgiebigkeit gegenüber dem Kreml würde nur zu weiterer Intervention einladen. Das zumindest ist die Lehre aus den gar nicht oder nur gering bestraften russischen Übergriffen in Transnistrien, Abchasien, Südossetien und auf der Krim zwischen 1992 und 2014. Die Konzessionsbereitschaft vieler westlicher Politiker, Diplomaten und Experten ist umso erstaunlicher, als es ein breites Spektrum anderer nichtmilitärischer Mittel als Konzessionen gibt. Man kann auf Russlands Expansionsdrang auch mit Individual- und Wirtschaftssanktionen reagieren.

Die Annahme einer signifikanten ökonomischen Auswirkung ernsthafter westlicher sektoraler Sanktionen auf die russische Wirtschaft ist angesichts dessen, was wir heute bereits wissen, plausibel. Sie lässt sich aus einigen gut untersuchten Folgen der seit 2014 bestehenden Strafmaßnahmen ableiten. 2021 erschienen zwei detaillierte Studien hierzu von Erik Andermo und Martin Kragh in der Zeitschrift Post-Soviet Affairs sowie von Anders Aslund und Maria Snegovaya in einem Bericht für den Atlantic Council.

Diese Untersuchungen zeigen erhebliche negative indirekte Auswirkungen der begrenzten westlichen Sanktionen der zurückliegenden sieben Jahre auf das russische Wirtschaftswachstum auf. Die

bisher nur geringfügigen Maßnahmen haben zwar nicht zu einem wirtschaftlichen Niedergang Russlands geführt. Sie haben aber ein vermutlich deutlich höheres russisches Wirtschaftswachstum seit 2014 verhindert. Aus diesen Studien geht hervor, dass die Russen durch die vor sieben Jahren beschlossenen, eher bescheidenen Sanktionen bereits Milliarden Dollar an zusätzlichem Einkommen verloren haben.

Ungenutztes Potential westlicher Sanktionen

Das vor diesem Hintergrund offenbar beträchtliche Potential ungenutzter westlicher Sanktionen muss im Zusammenhang mit zwei weiteren neueren empirischen Studien Snegovayas, einer in Washington lebenden russischen Politökonomin, gesehen werden. Snegovaya hat eine Korrelation zwischen den russischen Expansionsbestrebungen und Einnahmen aus Energieexporten sowie der damit verbundenen allgemeinen sozioökonomischen Situation des Landes nachgewiesen. Die Aggressivität der außenpolitischen Rhetorik der russischen Präsidenten hängt mit der Höhe der Ölpreise und der Exporteinnahmen zusammen.

Darüber hinaus ist die russische Bevölkerung in Zeiten guter sozioökonomischer Entwicklung außenpolitisch unternehmungslustiger. Diese Studien befassen sich zwar nicht mit der Frage nach Sanktionswirkungen. Sie weisen aber darauf hin, dass die russische Wirtschaftsleistung und ihre sozialen Auswirkungen ein Bestimmungsfaktor des außenpolitischen Denkens sowohl der Elite als auch der Bevölkerung Russlands sind.

Das Diktum, dass ein ungerechter Kompromiss zwischen der Ukraine und Russland besser ist als ein Krieg zwischen den beiden Ländern, könnte eines Tages tatsächlich aktuell werden. Doch scheint eine solche völkerrechtliche Bankrotterklärung bislang unnötig. Wir können nicht mit Sicherheit sagen, dass auch harte Sanktionen, wie etwa im Falle Nordkoreas, keinerlei Mäßigung im Kreml bewirken.

Eine vom Westen herbeigeführte faktische ukrainische Kapitulation im Donbass scheint daher verfrüht. Sie ist bis jetzt nur die zweite am wenigsten schlechte Option. Auf der Grundlage von Studien wie derjenigen von Snegovaya können wir vielmehr davon ausgehen, dass Sanktionen das Potential haben, die politischen Kalküle (wenn nicht gar Dynamiken) in Moskau zum Positiven zu wenden.